

## Sieben Mythen über die Europäische Union

Vieles an der Europäischen Union stört uns. Wir Sozialdemokraten wollen verkrustete Strukturen aufbrechen. So haben wir etwa für einen einzigen Sitz des Europäischen Parlaments gestimmt, um Zeit und Geld zu sparen. Leider müssen darüber letztendlich die Staats- und Regierungschefs entscheiden.

Zudem geht uns beispielsweise gegen den Strich, dass die Staatenlenker den Präsidenten der EU-Kommission jahrzehntelang in Hinterzimmern ausgekugelt haben. Damit die Bürger die Entscheidung beeinflussen können, haben wir Sozialdemokraten europaweite Spitzenkandidaten für die Europawahl durchgesetzt.

Es gibt also fundierte berechtigte Kritik an der Europäischen Union. Doch es gibt auch viele hartnäckige Mythen, Klischees und Halbwahrheiten über die Gemeinschaft. Mit einigen der hartnäckigsten Legenden räumt dieser Text auf.

- **Behauptung 1: Die EU sei ein Bürokratiemonster.** Sie beschäftige viel zu viele überbezahlte Beamte. Die [„Bild“](#) behauptet etwa, „Brüssel“ zahle für "55.000 Beamte".
- **Erklärung:** Jede größere deutsche Stadt hat mehr Beamte als die gesamte EU. Die Europäische Union beschäftigt 45.000 Mitarbeiter, darunter auch zahlreiche Angestellte, nicht nur Beamte. Allein für Hamburg arbeiten laut der dortigen Verwaltung rund 70.000 Menschen. Dabei werden zwar auch Gärtner, Politessen und andere Mitarbeiter mitgezählt, welche die EU selbstverständlich nicht benötigt, doch ein überdimensionierter Beamtenapparat sieht anders aus. Die EU gibt nur rund sechs Prozent ihres Haushaltes für Personalausgaben aus, während die deutschen Kommunen allein für das Personal gut ein Viertel ihres Haushalts ausgeben.  
Noch eine Zahl, die nur wenige kennen: Der Haushalt der EU entspricht lediglich einem Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts (BIP), also des Gesamtwertes aller Waren und Dienstleistungen, die in den 27 Mitgliedstaaten erwirtschaftet werden. Dagegen liegt die Höhe des durchschnittlichen Haushalts der EU-Mitgliedstaaten bei 44 Prozent des nationalen BIP.
- **Behauptung 2: Die EU lege sogar die Krümmung von Gurken fest.**
- **Erklärung:** „Keiner EU-Vorschrift ist je mehr Unrecht widerfahren“, schreibt die [Süddeutsche Zeitung](#). Durch die Festlegung des Krümmungsgrades kann schnell festgestellt werden, wie viele Gurken sich in einem Karton befinden. dadurch tut sich der Handel leichter, die Gurken zu vertreiben, und kann die Ware günstiger an den Endverbraucher verkaufen. Die Vorgaben der EU-Gurkenverordnung aus dem Jahr 1988, mit der die Krümmungsgrade für vier Handelsklassen festgeschrieben wurden, stützten sich auf weltweite Standards, die auf internationaler Ebene innerhalb der UN und der OECD etc. ausgearbeitet wurden. Die EU setzte damit eine Forderung des Lebensmittel-Einzelhandels um, der feste Kategorien für Obst und Gemüse haben wollte.  
Bezeichnend ist auch, dass die EU-Kommission im Juli 2009 die Normierung der Gurkenkrümmung und anderer Obst- und Gemüsesorten abgeschafft hat. Damit ist sie wiederum bei vielen EU-Regierungen, die sonst gerne über die Bürokratiehochburg Brüssel schimpfen, auf Kritik gestoßen. Die Europäische Union kann machen, wie sie will. Ihr Ruf als regulierungswütige Institution, die selbst vor den unsinnigsten Verordnungen nicht zurückschreckt, hält sich hartnäckig.

- **Behauptung 3: Die Eurokraten seien schuld an** einem der größten Probleme der Union: der grassierenden **Jugendarbeitslosigkeit** in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien.
- **Erklärung:** Sind für den aktuellen wirtschaftlichen Erfolg der nordeuropäischen Staaten auch "die Eurokraten" verantwortlich? Oder dafür dann wieder nicht? Es ist eine verbreitete Masche europäischer Staatschefs, sich die Erfolge der EU selbst zuzuschreiben - und Misserfolge auf „Brüssel" zu schieben. Der Autor Henryk Broder etwa plappert solche Behauptungen häufig nach.
- **Behauptung 4: Die EU verfüge über ein aufgeblähtes Budget** und gebe viel zu viel Geld aus.
- **Erklärung:** Von einem aufgeblähten Haushalt kann keine Rede sein: Das EU-Budget für alle 28 Mitgliedstaaten betrug 2013 knapp 151 Milliarden Euro an Verpflichtungen. Allein Deutschland verfügt über einen mehr als doppelt so großen Haushalt. Das Budget aller Mitgliedstaaten zusammen beträgt das 50-fache des EU-Budgets. 92 Prozent des EU-Budgets werden zudem für die Verwirklichung der politischen und strategischen Ziele aufgewendet, nur 6 Prozent sind Personal- und Verwaltungsausgaben. Und: Mit rund 90 Prozent fließt der Löwenanteil des EU-Budgets wieder in Form von Förderungen an die Mitgliedstaaten zurück – in Entwicklungsregionen, Beschäftigungsmaßnahmen, Jugendaustausch, den Ausbau der Verkehrswege etc.
- **Behauptung 5: Die EU habe Olivenöl-Fläschchen im Restaurant verboten.**
- **Erklärung:** Eine Beschwerdelawine löste der Entwurf einer Regelung aus, Gastronomiebetriebe ab 2014 dazu zu verpflichten, nur noch versiegelte und nicht nachfüllbare Ölf Flaschen anzubieten. Offene Olivenölkännchen wären in Gaststätten und Restaurants somit vom Tisch verbannt worden. Brüssel wollte mit der Regelung die Rechte der Konsumenten stärken, etwa indem sichergestellt wird, dass ihnen kein minderwertiges Öl aufgetischt wird. Während der Plan in südlichen Produzentenländern, wo eine ähnliche Regelung schon lange gilt, befürwortet wurde, brach in den nördlichen Ländern ein Proteststurm los. Auch zahlreiche Europaparlamentarier wandten sich in einem offenen Brief gegen die Regelung, worauf der zuständige Kommissar den Vorschlag zurücknahm.
- **Behauptung 6: Die EU-Kommission wolle den Wasserverbrauch bei [Klospülungen begrenzen](#),** weil die Europäer angeblich zu viel gutes Trinkwasser auf dem stillen Örtchen verschwenden.
- **Erklärung:** Die Meldung ist eine Ente. Den Wirbel in einigen Boulevardmedien gab es um den Vorschlag einer rein freiwilligen Kennzeichnung von sparsamen Spülungen durch Hersteller. Es ging um eine Studie der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Union (JRC) zum Wasserverbrauch der Spülungen von Toiletten und Urinalen im November 2013. Die Studie wurde als Hintergrund für die Festlegung von Kriterien erarbeitet, die für die Verleihung des EU-Umweltzeichens ("Ecolabel") zugrunde gelegt werden. Beim Kauf eines WCs oder Urinals mit Umweltzeichen werden Verbraucher, Unternehmen oder lokale Behörden darauf vertrauen können, dass die Ressource Wasser effizient eingesetzt und weniger Wasser verschmutzt wird. Das kann denjenigen Bürgerinnen und Bürgern die Kaufentscheidung erleichtern, die dies für die Umwelt und ihren Geldbeutel bevorzugen. Der Einbau wassersparender Toiletten in Wohngebäuden könnte den Wasserverbrauch in einem Durchschnittshaushalt um etwa 6.600 Liter pro Jahr verringern. Das bedeutet nach Angaben des JRC eine europaweite Einsparung von fast 390 Millionen Euro - bei nur einem 10-Prozent-Anteil von WCs mit Umweltzeichen.

- **Behauptung 7: Die von der EU eingeführten Energiesparlampen schaden der Gesundheit und zerstören Jobs.**
- **Erklärung:** Herkömmliche Glühbirnen wandeln nur ca. 10 Prozent der eingesetzten Energie in Licht um, die verbleibenden 90 Prozent gehen als Abwärme verloren. Das kommt die Umwelt teuer zu stehen, aber auch uns in Form hoher Strompreisen. Seit September 2009 gelten in der EU deshalb neue Anforderungen für die Energieeffizienz von Lampen. Traditionelle Glühbirnen und Halogenlampen wurden bis Ende 2012 schrittweise vom Markt genommen. Sämtliche Alternativen zur herkömmlichen Glühlampe zeichnen sich – auch unter Einrechnung eines höheren Anschaffungspreises – durch einen niedrigeren Verbrauch aus. Außerdem profitiert die Umwelt: Bis 2020 werden pro Jahr 40 Terrawattstunden Strom eingespart, das entspricht dem Energieverbrauch von 11 Millionen europäischen Haushalten in diesem Zeitraum. Die Stromrechnungen je Haushalt sinken pro Jahr um 25 bis 50 Euro. Es ist zudem davon auszugehen, dass die Preise der Energiesparlampen aufgrund der Massenproduktion in Zukunft sinken werden.

Es gibt keinerlei wissenschaftliche Bestätigung dafür, dass das bläulich kalte Licht mancher Energiesparlampen auf die Psyche schlägt – anders als in der Boulevardpresse behauptet. Auch die Kritik, dass durch die neuen Lampen die Gesundheitsbelastung wegen des enthaltenen Quecksilbers steige, ist nicht nachvollziehbar. Kompaktleuchtstofflampen, eine bestimmte Art der Energiesparlampe, enthalten Quecksilber in sehr geringen Mengen. Diese können aber mit bruchsicherer Außenhülle verwendet werden. Auch gibt es Lampen, bei denen die leuchtenden Glasröhren unter einer Kuppel aus Kunststoff und einem Silikonüberzug verborgen sind. So dient die Hülle als Splitterschutz. Wer einige einfache Vorsichtsmaßnahmen beachtet, kann auch reguläre Energiesparlampen bedenkenlos nutzen, sagt die Stiftung Warentest. Die Tests der Stiftung beweisen zudem: Der Kauf guter Energiesparlampen lohnt sich. Nicht nur für die Brieftasche, sondern auch für die Umwelt. Entwickler vom Karlsruher Institut für Technologie und der Fachhochschule Aachen rechnen noch 2014 mit der Markteinführung von Birnen ohne Quecksilber.

#### Quellen:

- Martin Schulz, „Der gefesselte Riese – Europas letzte Chance“, Berlin 2013
- Pressemitteilung Jutta Haug „Toilettenspülung – EU fördert freiwilliges Wassersparen“, [www.spd-europa.de](http://www.spd-europa.de), Zugriff am 13. Mai 2014
- Wirtschaftskammer Österreich: Legenden und Mythen rund um die Europäische Union ... und was wirklich dahinter steckt“:  
[https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Europa-und-Internationales/Europa/mythen\\_2014\\_web.pdf](https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Europa-und-Internationales/Europa/mythen_2014_web.pdf), Zugriff am 13. Mai 2014
- Cicero, „Die zehn größten Irrtümer über die EU“:  
<http://www.cicero.de/weltb%C3%BChne/die-zehn-gr%C3%B6%C3%9Ften-irrt%C3%BCmer-%C3%BCber-die-eu/42265>, Zugriff am 13. Mai 2014

Pressestelle der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament  
67, Rue Wiertz / ASP 12 G  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032 2 284 3190  
Email: s-d.delegationDE@ep.europa.eu